



Liebe Genossinnen und Genossen,
 liebe Freunde,

das ist die letzte Ausgabe der Info-Post vor der Osterpause. Sie beinhaltet drei März-Sitzungswochen, ihr seht also, wir haben noch richtig was weggearbeitet. Dabei begleiten mich meist Themen, die uns noch länger beschäftigen. Wir hatten zum Beispiel eine Expertenanhörung zum Thema Freihandelsabkommen, ausschussübergreifende Themen wie die Erbschaftssteuer, die Fachkräftesicherung und die Frage wie wir zu mehr Innovationen in Deutschland kommen können. Zu dem letzten Punkt hat der Fraktionsvorstand eine neue Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, dessen Leiterin ich geworden bin. Das bedeutet zusätzliche Arbeit, aber auch spannende Aufgaben. Innovativ sind wir Dortmunder ja!

Überschattet wurde diese Woche von dem tragischen Flugzeugabsturz, von dem NRW besonders betroffen ist. In der Fraktion sowie im Plenum haben wir eine Schweigeminute eingelegt. Auch darüber hinaus sind wir in Gedanken bei den Familien und Angehörigen der Opfer.

Erfolgsmeldung: Gelder für Kommunen!

Gemeinsam mit den Bürgermeistern der betroffenen Städte haben wir lange gekämpft und nun ist uns ein Durchbruch gelungen: Die Kommunen bekommen weiteres Geld und werden kräftig entlastet! Die Entlastung für 2017 konnten wir um 1,5 auf 2,5 Milliarden Euro erhöhen. Für 2015 und 2016 bleibt es bei je einer Milliarde Euro für die Kommunen. Ab 2018 soll es dann im Rahmen eines Bundesteilhabegesetzes zu einer noch stärkeren Entlastung kommen. Neu durchsetzen konnten wir auch einen Kommunalen Investitionsfonds in Höhe von 3,5 Milliarden Euro für die Jahre 2015 bis 2018. Und das Gute ist: NRW erhält fast ein Drittel dieses Geldes. Nun müssen wir uns vor Ort dafür einsetzen, dass Dortmund angemessen von den Mitteln profitiert. Projekte, die wir dafür anmelden können, haben wir genug. Dabei denke ich zum Beispiel an den zusätzlichen Kitabedarf in der Nordstadt.

Kontakt

Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

sabine.poschmann@bundestag.de

Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04@bundestag.de

www.sabine-poschmann.de

<https://www.facebook.com/sabine.poschmann.1>

Links

<http://www.spdfraktion.de/>

<http://www.bundestag.de/>

<http://www.spd.de/>



Medizinische Versorgung verbessern

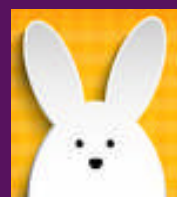
Anfang März haben wir den Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Versorgungsstärkungsgesetz) in 1. Lesung beraten. Der Name des Gesetzes ist etwas sperrig, doch es ist ein wichtiger Schritt für die weitere Verbesserung der Gesundheitsversorgung in Deutschland. Die demographische Entwicklung, neue Möglichkeiten der Behandlung sowie unterschiedliche Versorgungssituationen in Ballungsräumen und strukturschwachen Regionen stellen uns vor neue Herausforderungen. Mit dem Gesetz vereinfachen wir den Zugang zu medizinischer Versorgung in ländlichen Gebieten, bspw. durch die Möglichkeit, sich zur ambulanten Behandlung in ein Krankenhaus zu begeben. Medizinische Versorgung darf keine Frage des Wohnortes sein! Daher müssen wir immer weiter daran arbeiten, dass Ärzte auch in unterversorgten Gebieten Praxen eröffnen. Zugleich geht es darum, die Versorgung klug weiterzuentwickeln. Mit einem Innovationsfonds sollen gezielt Projekte gefördert werden, die neue Wege in der Versorgung beschreiten.

Debatte um ein Einwanderungsgesetz

Deutschland steht am Beginn einer breiten gesellschaftlichen Debatte über die Notwendigkeit und Chancen einer modernen Einwanderungspolitik. Mit einem Einwanderungsgesetz, das klare, nachvollziehbare und am Bedarf orientierte Kriterien enthält, werden wir die Menschen davon überzeugen: Einwanderung kann ein Gewinn für alle sein. Denn aufgrund der alternden Gesellschaft verliert Deutschland in den kommenden zehn Jahren bis zu 6,7 Millionen Erwerbsfähige. Darauf muss eine Antwort gefunden werden. Neben dem Ziel, die in Deutschland lebenden Arbeitskräfte besser zu mobilisieren und zu qualifizieren, müssen zugleich bessere Rahmenbedingungen für die Einwanderung von Fachkräften aus dem Ausland geschaffen werden. Hier gibt es kein „entweder oder“ – beides ist notwendig! Das Positionspapier "Deutschland als Einwanderungsland gestalten – warum wir ein Einwanderungsgesetz brauchen" ist von der SPD-Bundestagsfraktion am 03. März beschlossen worden und lässt sich hier nachlesen: http://www.spd-fraktion.de/sites/default/files/positionspapier_zur_einwanderung.pdf

Vorratsdatenspeicherung sorgt für Diskussionen

Das Thema Vorratsdatenspeicherung hat schon immer für heiße Diskussionen innerhalb und außerhalb der Partei gesorgt. Es geht um die Frage, ob die Speicherung von Mengen privater Daten geeignet ist, Verbrechen aufzuklären bzw. zu verhindern. Auf dem SPD-Parteitag 2011 gab es eine knappe Mehrheit für die Vorratsdatenspeicherung. Doch seither haben sich viele Entwicklungen ergeben, deshalb meine ich, dass wir die Datenspeicherung auf Vorrat noch einmal kritisch betrachten sollten. Auch unser Justizminister Heiko Maas gehört zu den Kritikern der Vorratsdatenspeicherung. Doch er vertritt nun die Auffassung, dass in Deutschland ein Gesetz notwendig ist, welches der Datenspeicherung enge Grenzen setzt. Den Nutzen daraus sollten wir genau beleuchten und breit diskutieren.



Gleicher Lohn für Frau und Mann

Die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern beträgt zurzeit 22 Prozent und ist damit seit Jahren unverändert. In dieser Hinsicht ist Deutschland im EU-Vergleich unter den Schlusslichtern. Die Ungleichheit müssen wir endlich beenden. Daher setze ich mich für ein Entgeltgleichheitsgesetz ein, das wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Dabei geht es darum, dass große Unternehmen ab 500 Mitarbeitern sich dazu verpflichten, Gehaltsunterschiede zwischen Frauen und Männern offenzulegen.

Bei einem anderen gleichstellungspolitischen Thema sind wir schon weiter: Die Frauenquote haben wir im März endgültig verabschiedet! Sie tritt ab 1. Januar 2016 in Kraft.

Die PKW-Maut kommt – leider!

Heute haben wir noch über die PKW-Maut abgestimmt. Diese ist, wie ihr alle wisst, kein Kernanliegen der SPD. Doch mit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages haben wir uns dazu verpflichtet, dem Gesetz zuzustimmen, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, die wir im Vertrag vereinbart haben. Wir haben lange darüber diskutiert und die zuständigen Berichterstatter konnten noch einige Änderungen durchsetzen. Wichtig waren uns die ganze Zeit folgende Punkte: Kein deutscher Autofahrer darf zusätzlich belastet werden, die gesetzliche Regelung muss mit europäischem Recht vereinbar sein und es müssen ausreichend Einnahmen erwirtschaftet werden. Diese Punkte sind nun gegeben, weshalb wir die Kröte schlucken mussten und dem Gesetzesentwurf zugestimmt haben.

So, ab in die Osterferien? Noch nicht ganz! Am Samstag freue ich mich auf die Eröffnung der Osterkirmes an der Ebertstraße, dann habe ich noch die Schirmherrschaft für das Projekt „Anpiff zur Integration“ des BV-Westfalia Wickede übernommen und am Karfreitag sehe ich bestimmt einige am Mahnmahl in der Bittermark.

Ich wünsche euch, schöne und hoffentlich sonnige Osterfeiertage!

Bis bald, eure

Sabine

